Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter zum „Berliner Tageblatt“: Jeden Montag „Zeitgeist“, jeden Mittwoch „Technische Rundschau“, jeden Donnerstag und Sonntag illustrierte Chronik „Der Welt-Spiegel“, jeden Freitag das illustrierte Witzblatt „ULK“, jeden Sonnabend „Haus Hof Garten“. Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Russlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch d. Exped. d. Blattes möglich. In Berlin abonniert man d. d. Haupt-Expedition SW. 19, Jerusalemerstr. 46/49, sow. den nebenstehend aufgeführten Filialen.
Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Abonnements-Preis
durch d. Post bezog. vierteljährl. 6 M., Ausland extl. Postaufschlag; für Berlin d. tägl. zweimal. Zustell. monatl. 2 M., vierteljährl. 6 M. Direkt unter Kreuzbd. monatl. für Ausland 3 M., für Inland 2.50 M. Inseratenpreis Zeile 70 Pf., General-Anzeig. 40 Pf. Inseraten- u. Abonnem.-Annahme in d. Haupt-Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/49, u. den Filial.: Leipzigerstr. 103; Potsdamerstr. 33; Bayreutherstr. 32 (a. Wittenberg-Platz); Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Rathenowerstr. 3; Schiffbauerdamm 1; Große Frankfurterstraße 31; Petersburgerstraße 2; Blücherstraße 69 (Ecke Johannistisch); Wiesnerstraße 1—6; Ritterstr. 81; Schulzendorferstr. 27 (am Wedding-Platz); Schöneberg, Hauptstr. 155; Charlottenburg, Kaiserstr. 34; Rixdorf, Berlinerstr. 41; Pankow, Bornholmerstr. 1; Lichtenberg, Frankfurt. Chaussee 129; Weißensee, Königs-Chaussee 61b
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Nr. 401
38. Jahrgang

Dienstag
10. August 1909

Preßbureau.

Der deutsche Journalist ist im allgemeinen ein fleißiger Arbeiter, dessen Ehrgeiz nur selten über seinen eigentlichen Beruf hinausschweift. Das witzige Franzosenwort „der Journalismus führt überall hin, vorausgesetzt, daß man ihn verläßt“, hat für Deutschland keine — wenigstens noch keine Geltung. Man verläßt ihn so leicht nicht, wenn man einmal darinsteckt. Wo soll man auch hin mit den Fähigkeiten, die den tüchtigen Journalisten machen? All das, was das unentbehrliche Rüstzeug für den erfolgreichen Leiter, den politischen Redakteur oder den Vertreter eines großen Blattes ist, braucht man doch nicht, um beispielsweise in Preußen Minister zu werden! Im Gegenteil, da sind Wissen und Können unter Umständen ein hinderlicher Ballast.

Aber nicht nur auf den Höhen, auch in den Niederungen des Berufes hat der Journalist den Vergleich mit anderen Kopfarbeitern nicht zu scheuen. Im Gegenteil, er muß dauernd mit einer schärferen Anspannung, einer rücksichtslosen Einsetzung des ganzen Menschen arbeiten als die meisten anderen Berufe. So gemütlich wie in Konrad Bolzens Redaktion geht es heute bei den großen Blättern nicht mehr zu. Die Zeitung von heute ist ein industrielles Unternehmen geworden. Und diese Industrie verarbeitet Menschengeist, wie andere Industrien Teer oder Baumwolle verarbeiten. Die Journalistenjahre sollten wie die Kriegsjahre doppelt zählen.

Seit den Tagen des Konrad Bolz ist freilich auch eine andere Veränderung eingetreten, die dem Journalistenstande nicht so unbedingt zur Ehre gereicht. Der Durchschnittsjournalist von heute schätzt die Nachricht höher als den Gedanken. Das war ehedem umgekehrt. War sogar in einem ganz ungesunden Maße umgekehrt. Die politische Presse der fünfziger, sechziger und auch noch der siebziger Jahre unterschätzte den Wert eines zuverlässigen Nachrichtendienstes zugunsten des Räsonnements. Nun gar die Parteipresse übertrieb die liebevolle Pflege des politischen Räsonnements bis zur Langenweile, deren unausbleibliche Folge der chronische Abonnentenschwund war.

Das richtige Verhältnis wäre ja nun dies: daß die Zeitungen die Information, den zuverlässigen Nachrichtendienst, als das Selbstverständliche betrachteten; sich aber zugleich bemühten, die Information durch entsprechendes Räsonnement — durch die „Pionierarbeit des Leitartikels“, wie es in einem Nachruf einmal hübsch genannt wurde — für die Tagesgeschichte fruchtbar zu machen. Nur wenigen Zeitungen gelang es, diesen gesunden Ausgleich richtig zu treffen. Zahlreicher deutscher Zeitungsverleger dagegen bemächtigte sich damals die Leidenschaft der sogenannten Parteilosigkeit; das heißt, die Charakterlosigkeit ward zum Geschäftsprinzip erhoben. Und siehe da, die Charakterlosigkeit fand Gnade vor den Augen der Regierenden. Sie wollten lieber ein strebersches, materiell gerichtetes, aller politischen Ideale bares Volk regieren, als ein Volk, das sich auch eine Meinung zu haben erkühnte. Die beiden Tendenzen wirkten zusammen: Meinungen sanken im Kurswert, Informationen stiegen andauernd. Am meisten begehrt waren natürlich die, deren offiziöser Charakter über jeden Zweifel erhaben war.

Früher war die Zahl der offiziösen Blätter beschränkt. Der überwiegende Teil der deutschen Presse pflegte entweder auf eigene Faust die Charakterlosigkeit, solange sie sich rentierte, oder er führte eine bestimmte parteipolitische Uebertieferung weiter; oder endlich er bemühte sich, innerhalb einer bestimmten Weltanschauung, nach Anleitung des gesunden Menschenverstandes, eine mehr oder minder unabhängige Politik zu treiben. Das ist, ungefähr mit dem Eintritt des neuen Jahrhunderts, anders geworden. Und heute — welch eine Wendung unter Bülows Führung!

Der war ja nun selbst unter den Staatsmännern des neuen Deutschen Reiches eine Erscheinung von neuer Art. In seiner politischen Ueberzeugung konservativ — er sagt es selbst und hat es mit dem Stimmzettel bekräftigt. So konservativ, wie keiner seiner Vorgänger sich in seinen reaktionärsten Anwandlungen je gefühlt hatte. So konservativ nämlich, daß er es selbst dann nicht über sich gewinnen konnte, gegen die Konservativen Front zu machen, wenn diese — einer anderen bei ihm vorhandenen Ueberzeugung zufolge — durch ihre Politik das Reich schwer schädigten. Und dieser geradezu krankhafte konservative Mann, dieser mit konservativer Gesinnung sozusagen erblich überlastete Mann gab sich im persönlichen Umgange als durchaus liberal. Nicht liberal im engherzigen Parteiverstande, sondern liberal im Sinne einer Weltanschauung. Als einen Mann, der den Geist höher schätzte als die Materie; den ungehemmten Denkprozeß höher als die ausreichende Verköstigung auf Staatskosten; die unabhängige Meinung höher als den Dogmenglauben der Autorität; die stimulierende Skepsis höher als die konservierende Verdummung. Man fand es ganz natürlich, wenn dieser Mann sich lieber mit dem klugen Vertreter eines demokratischen Blattes unterhielt als mit dem Oberbonzen der reinen Lehre, der seine christlich-germanisch-agrarisch-tellurischen Sonntagspredigten mit der Mistgabel schrieb.

Ist doch auch die Presse ein Kind liberalen Geistes! Für den Ostelbier ist die Presse nicht das notwendige Organ, wodurch der Geist eines Volkes ein- und ausatmet. Für ihn ist sie nur eine Waffe zur Abwehr, die er sich notgedrungen angeeignet hat, weil er ihre Ueberlegenheit erkannte. Und auch der Ultramontane gesteht nicht der Presse als solcher die Daseinsberechtigung zu, sondern nur der „guten“ Presse, die sich bedingungslos in den Dienst des Klerikalismus stellt. Kein Wunder also, daß der Liberalismus weitaus die bedeutendere Presse hat — das wird auch von seinen Gegnern ebenso rückhaltlos anerkannt wie schmerzlich beklagt —, daß der Liberale größere Ansprüche an seine Presse stellt, und daß diese Presse demgemäß auch größere Bedürfnisse hat. Von diesem Gesichtspunkt aus hat offenbar Fürst Bülow den Gedanken der Blockpolitik zuerst und am liebsten angeschaut: den Konservativen die Herrschaft, den Liberalen das Recht der freien Meinungsäußerung. Als er sein Amt antrat, fand er die deutsche Welt leider schon unter Junker und Pfaffen aufgeteilt vor. An realer Macht hatte er dem Liberalismus nicht viel mehr zu bieten; aber wollten die liberalen Journalisten mit ihm im Himmel seines Preßbureaus wohnen, sie sollten ihm willkommen sein.

Und sie kamen! In einer Fülle wie nie zuvor drängten sie sich vor Herrn Hammanns Pforten und waren nie glücklicher, als wenn sie die politische Erbweisheit schwarz auf weiß nach Hause tragen konnten. Nun gar, nachdem der Block feierlich inauguriert und der Liberalismus „mitregierungsfähig“ geworden war, gab's bald kein Blättchen in Deutschland mehr, das sich nicht „offiziöser Beziehungen“ hätte rühmen dürfen. Obwohl das Preßbureau allemal dann versagte, wenn man seiner am dringendsten bedurft hätte, nämlich in kritischen Augenblicken, herrschte doch alsbald allgemeine Zufriedenheit. Denn in kritischen Augenblicken wußte zwar das Preßbureau auch nichts und empfahl Vorsicht als der Tapferkeit besseren Teil, aber nachdem erst der Kanzler sich beim Kaiser, der Unterstaatssekretär beim Kanzler, der Dezernent beim Unterstaatssekretär informiert hatte, plätscherte der Bronnen wieder reichlich und munter. Und man verabfolgte nicht nur Informationen — wer weiß auch täglich etwas Neues! —, man spendete auch freigebig fertige Meinungen über aktuelle Ereignisse und Persönlichkeiten. Und es machte sich ganz von selbst, daß die Leute, die die Informationen des Preßbureaus entgegennahmen, auch seine fertigen Meinungen nicht schnöde zurückwiesen, was schon deshalb nicht empfehlenswert gewesen wäre, weil es dann auch keine brauchbaren Informationen mehr gegeben hätte.

Und so haben denn die „Ahnungslosen“ im offiziösen Preßbureau, ohne es zu wollen, ihr redlich Teil dazu beigetragen, der Blockpolitik das Grab zu graben. Dort wurde jeder Mißerfolg in einen heimlichen Erfolg umgedichtet. Dort wurde der Liberalismus gewarnt, nur nicht zu viel zu verlangen, dieweil er sonst alles verlieren könnte. Dort wurde nach dem Novembersturm vorzeitig abgewiegelt, nachdem Bülow seinen nächsten Zweck, die Befestigung in seinem Amte, erreicht hatte. Dort wurden die liberalen Angstmeier in ihrer Abneigung bestärkt, mittels der Finanzreform rechtzeitig auf die preußische Wahlreform zu drücken. Mit einem Worte: dort wurde dem Blockliberalismus das Mark aus den Knochen gesogen und der Witz aus dem Hirnkasten geblasen. Und daß gegen die, die sich das Recht auf eigenes Denken und eine eigene Meinung nicht wollten nehmen lassen, im Preßbureau immer ein wenig geschürt und gehetzt wurde, mit nicht ganz einwandfreien Mittelchen, das soll nur so nebenbei erwähnt werden.

So ist das Preßbureau unter Bülow zu einem Institut geworden, um die möglichen, oppositionellen Regungen der öffentlichen Meinung, noch bevor sie laut geworden wären, rhetorisch zu überwinden und dialektisch wegzudisputieren. Nun bedarf sogar das Genie der oppositionellen Gegengewichte, wie vielmehr die beamtete Mittelmäßigkeit, die uns regiert! Daß der Skeptiker Bülow gegen die Skepsis der öffentlichen Meinung so empfindlich war, das bezeichnet wohl am deutlichsten die Grenzen seiner Kraft. Er wollte die Beziehungen der Regierung zur Presse zeitgemäß reformieren — und auch das geriet ihm im reaktionären Sinne. Er schuf sich ein Preßbureau nach österreichischem Muster, während englische Verhältnisse unser Vorbild sein sollten. Ein am Fortschritt interessierter Staatsmann, ein wirklicher Philosoph auf dem Kanzlersitze sollte sein Preßbureau wissen lassen: er lege keinen Wert darauf, sich die ausgegebenen Informationen mit guter Gesinnung bezahlen zu lassen. Man möge den groben Unfug also gefälligst auf das Maß eines leidlichen tolerari posse beschränken.

Lynkeus.

*

Wir möchten diesen Ausführungen unseres Mitarbeiters noch einige Worte anfügen. Vor allem möchten wir betonen, daß es uns persönlich ziemlich gleichgültig ist, wie und mit welchen Mitteln das offiziöse Preßbureau operiert — denn selbst wenn das Preßbureau eine andere Haltung gegenüber der Presse einnehmen wollte, würde das an unserer Haltung gegenüber dem Preßbureau nichts ändern. Solange diese Institution in ihrer heutigen Form besteht, wird und kann sie immer nur den Zweck verfolgen, die öffentliche Meinung im Sinne der Regierung zu leiten, und dieses „leiten“ wird, so oft es not tut, ein „irreleiten“ sein. Uns mit einer solchen Institution irgendwie einzulassen, lehnen wir ab.

Aber so gern wir auf die „Informationen“ dieses Bureaus verzichten, so energisch möchten wir doch gegen die Ungehörigkeit protestieren, die darin besteht, daß wichtige amtliche Kundgebungen, daß Mitteilungen und Erklärungen, deren Verbreitung die Regierung im Interesse der deutschen Auslandspolitik wünscht, den persönlichen Freunden des Hauses zugesteckt werden und als Belohnung für allerlei kleine Gefälligkeiten dienen. Wir halten die heftigen Angriffe, die während der letzten Tage von der alldeutschen Presse gegen den Staatssekretär v. Schoen gerichtet wurden, für ungerecht, aber wir stimmen ausnahmsweise der „Deutschen Tageszeitung“ bei, die Herrn v. Schoen aufgefordert hat, den Veröffentlichungsmodus bei wichtigen Mitteilungen und Kundgebungen endlich einmal zu regeln. Die Regierung hat den „Reichsanzeiger“, die „Norddeutsche Allgemeine“ und das „Wolffsche Telegraphenbureau“ zu ihrer Verfügung, und wir haben nicht die mindeste Veranlassung, beispielsweise eine Erklärung über die Haltung der deutschen Regierung in der Kretafrage irgendeinem rheinischen Blatte zu entnehmen, bei dem man nie wissen kann, wo die offizielle Mitteilung aufhört und wo die Privatarbeit beginnt. Es wird, nach so viel trüben Erfahrungen, wirklich Zeit, daß an die Stelle der Willkür endlich die Ordnung, an die Stelle der Vettermichelei eine planvolle Methode tritt. Und es wird auch Zeit, daß wenigstens die unabhängige Presse erklärt: Kundgebungen, die nicht auf dem korrekten Wege verbreitet werden, existieren für uns nicht.

Der Kretakonflikt.

Die Versöhnungsaktion der Mächte.

Der Türkei ist jetzt kein Zweifel darüber mehr möglich, daß ihr provozierendes Verhalten gegenüber der schwächeren griechischen Gegenpartei bei keiner der Mächte Beifall findet, denn sie ist von ihnen allen in mehr oder weniger entschiedener Form zur Nachgiebigkeit im Interesse des Friedens aufgefordert worden. Zwar trifft die Meldung des „Temps“, wonach Deutschland durch seinen Botschafter in Konstantinopel das bisherige Verhalten der Türkei in der kretischen Frage gemißbilligt habe, wie uns mitgeteilt wird, in dieser Form nicht zu. Deutschland hat, gleich Oesterreich-Ungarn, der Türkei nur erklärt, daß eine friedliche Regelung der Angelegenheit sich empfehle. Ueber die Beteiligung der deutschen und der österreichischen Regierung an den diplomatischen Schritten in Konstantinopel wurden gestern gleichzeitig hier und in Wien offiziöse Mitteilungen veröffentlicht. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ beschränkt sich auf die folgende Feststellung:

„Obgleich Deutschland an der kretischen Frage nicht unmittelbar interessiert ist, vielmehr die Zuständigkeit der Schutzmächte für Regelung der Angelegenheit anerkennt, hat die Kaiserliche Regierung doch im allgemeinen Friedensinteresse wie bisher so auch jetzt in Konstantinopel und ebenso auch in Athen freundlich zur Mäßigung geraten.“

Etwas ausführlicher ist die Erklärung im Wiener „Fremdenblatt“, in der es heißt:

„Auf Ansuchen der griechischen Regierung hat der Botschafter in Konstantinopel im Auftrage der österreichisch-ungarischen Regierung bei der Pforte im Sinne der Erhaltung des Friedens interveniert und bei diesem Anlaß auf die Gefahren hingewiesen, welche kriegerische Komplikationen zwischen dem osmanischen Kaiserreich und dem Königreich Griechenland herbeiführen würden. Es ist nicht das erste Mal, daß die österreichisch-ungarische Monarchie in der Kretafrage intervenierte, um den Gefahren, die sich aus derselben für den Frieden ergeben könnten, vorzubeugen. Bleibt auch die Regelung dieser Frage den vier Schutzmächten überlassen, so sehen sich doch die beiden mitteleuropäischen Zentralmächte veranlaßt, einzugreifen, wenn es sich um die Erhaltung des Friedens handelt. Von diesem Beweggrund hat sich nun auch die österreichisch-ungarische Regierung bei der jetzigen Intervention leiten lassen.“

Beiden Kundgebungen ist gemeinsam, daß sie jede Deutung ablehnen, als wollten die beiden verbündeten Mächte sich in die den Schutzmächten vorbehaltene Aufgabe einmischen oder auch den vier Mächten etwas von der Verantwortung, die sie übernommen haben, abnehmen. Hingegen muß auffallen, daß von deutscher Seite konstatiert wird, die Regierung habe in gleicher Weise nach Konstantinopel wie nach Athen die Mahnung zur Besonnenheit ergehen lassen, während Oesterreich nur am Goldenen Horn, und zwar, wie hinzugefügt wird, auf Ersuchen aus Athen, intervenierte.

Hingegen gleichen sich die zwei offiziösen Mitteilungen wieder darin genau, daß sie jede Angabe darüber, wie der Schritt der beiden Mächte von der Pforte aufgenommen wurde, vermissen lassen. Die **Antwort Griechenlands** auf die türkische Note wird, wie wir erfahren, einen Verzicht auf Kreta **nicht** aussprechen, sie wird die Türkei betreffs des Schicksals der Insel auf die Schutzmächte verweisen.

*

Der Plan einer türkischen Kretaexpedition.

(Telegramm.)

Konstantinopel, 9. August. (W. T. B.) Die Botschafter der Schutzmächte hielten gestern eine Beratung ab und hatten sodann sämtlich Unterredungen mit dem griechischen Gesandten. Heute werden die Botschafter der Schutzmächte auf der